

MAN

Top-Manager im Visier

In den Schmiergeldskandal beim Münchner Bus- und Lkw-Bauer MAN, der vergangene Woche eine Großraffia auslöste, sind offenbar nicht nur nachgeordnete Mitarbeiter verwickelt. Nach SPIEGEL-Informationen gehört zum Kreis der bislang drei Beschuldigten in München auch ein MAN-Top-Manager. Der Mann ist heute im Vorstand der MAN Nutzfahrzeuge AG und war bis Ende 2005 Geschäftsführer der Deutschland Vertriebs Tochter. Sein Anwalt bestätigte die Ermittlungen, wollte sich aber nicht weiter äußern. Zwischen 2002 und 2005 soll hierzulande rund eine Million Euro an fragwürdigen Provisionen an Vermittler bei Lkw- und Bus-Geschäften gezahlt worden sein. Offenbar noch ganz am Anfang stehen die Fahnder bei ihren Ermittlungen zu möglichen Schmiergeldzahlungen ins Ausland. Dorthin sollen Summen in Höhe von circa 15 Millionen Euro gegangen sein, etwa nach Polen, Griechenland oder in die Türkei. Die Münchner hatten dort mehrere Großaufträge eingeholt. Bereits vor einigen Jahren waren israelische Sicherheitsbehörden möglichen Schmiergeldzahlungen von MAN im Zusammenhang mit dem Verkauf von Bussen auf der Spur. Ermittler gehen daher davon aus, dass sich der Fall noch ausweiten könnte.



MAN-Lkw-Produktion in München

WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Sparzwang bei Gewerkschaftsstiftung

Während die Wirtschaftskrise den Gewerkschaften neue Mitglieder – und damit mehr Einnahmen – beschert, gerät die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung in finanzielle Bedrängnis. Grund: Die Stiftung finanziert sich vor allem aus Zuwendungen von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten, die

ihre Aufsichtsratsantien an die Stiftung abführen. Im Geschäftsjahr 2007/08 waren das 34,1 Millionen Euro. Doch da die Aufsichtsratsantien an den Geschäftserfolg der Unternehmen gekoppelt sind, der in jüngster Zeit flächendeckend nachlässt, sinken auch die Zuwendungen an die Stiftung dramatisch. In diesem Jahr rechnet man intern mit einem Rückgang der Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe. In der Folge werden Arbeitsplätze gestrichen und die Forschungsförderung gekürzt. Befristete Verträge sollen aus-

laufen, frei werdende Stellen nicht wieder besetzt werden. Auch das erst in den vergangenen Jahren aufgebaute Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) unter seinem Chef Gustav Adolf Horn könnte betroffen sein. Offenbar ist zwischenzeitlich ein Umzug mit verkleinerter Mannschaft von Düsseldorf nach Berlin erwogen worden, wo sich viele der IMK-Wissenschaftler ohnehin vorwiegend aufhalten, um die Politik zu beraten. Doch diese Option, so ein Stiftungssprecher, sei vorerst vom Tisch.



HRE-Zentrale in München

BANKENKRISE

HRE schuldet KfW halbe Milliarde

Die Opposition möchte von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück im Untersuchungsausschuss zum Milliardenbafög der Münchner Hypo Real Estate (HRE) die wahren Motive für die umfassende Rettung des maroden Instituts genauer erklärt haben. So wollte der Obmann der Liberalen, Volker Wissing, Details zu den finanziellen Verflechtungen der HRE mit Institutionen des Bundes erfahren. Doch sein Beweisantrag wurde zurückgestellt. Ein Brief der staatseigenen Förderbank KfW an ihren Verwaltungsrat zeigt, weshalb das Thema so heikel ist. Noch im vergangenen März betrug „das Kreditengagement der KfW bei der HRE-Gruppe insgesamt 661,1 Millionen Euro“. Davon entfallen nur rund 76 Millionen auf das Rettungspaket vom Herbst. Darüber hinaus hält die KfW „zusätzlich 531,2 Millionen Euro gedeckte Wertpapiere (Pfandbriefe) und 243 Millionen ungedeckte Wertpapiere der HRE-Gruppe“, heißt es in dem Papier. Ein Untergang der Münchner Bank würde die KfW also empfindlich treffen – und nicht nur sie. Laut einer Aufstellung des Finanzministeriums, die aufgrund einer Anfrage des Bundestagsabgeordneten Paul Friedhoff (FDP) erstellt wurde, gehört die HRE mit einem Emissionsvolumen von über 45 Milliarden Euro neben der Eurohypo zu den größten Anbietern im Pfandbriefgeschäft. Die Papiere lagern nicht nur bei der KfW, sondern bei fast allen deutschen Banken, Sparkassen und Versicherungen. Die HRE „muss stabilisiert werden – und damit auch der deutsche Pfandbriefmarkt“, so Steinbrück kürzlich. Nun vermutet offenbar so mancher Parlamentarier, dass die Insolvenz auch deshalb verhindert werden muss, weil der Deckungsstock der Pfandbriefe vielleicht doch nicht so sicher ist, wie es das Gesetz eigentlich vorschreibt.